



 **Bundesministerium**
Finanzen

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 **Bundesministerium**
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

 **Bundesministerium**
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Geschäftszahlen:

BMF: 2021-0.284.916

BMK: 2021-0.284.684

BMLRT: 2021-0.285.558

BMDW: 2021-0.285.446

BMSGPK: 2021-0.285.349

56/12

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

ARP & Aufstockung Investprämie – Mehr Mittel für den wirtschaftlichen Aufschwung

Die Corona-Pandemie hat zum stärksten globalen Wirtschaftseinbruch seit mehreren Jahrzehnten geführt. Auch in Österreich ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um -6,6 % eingebrochen, was den stärksten Rückgang seit 1945 bedeutet. Die Krise hat umfangreiche gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen mit sich gebracht, die durch eines der größten Rettungspakete in Europa abgefedert wurden. Die Priorität lag dabei auf dem Erhalt von Arbeitsplätzen, dem Überleben von Unternehmen sowie der Sicherung der Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Angesichts der fortschreitenden Immunisierung der österreichischen Bevölkerung soll die Politik der Krisenbewältigung schrittweise in eine Politik des ökonomischen Aufschwungs übergeführt werden. Ziel ist, das österreichische Comeback mit unterstützenden Maßnahmen zu stärken, um eine rasche und nachhaltige Erholung der österreichischen Volkswirtschaft und des Arbeitsmarkts zu ermöglichen.

Die Maßnahmen sollen dabei einen besonderen Fokus auf eine digitale und ökologische Erholung legen. Damit soll die Struktur und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur kurzfristig gestärkt werden, sondern die Basis für eine prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft auch für die kommenden Generationen geschaffen werden.

Die einzelnen Säulen des österreichischen „Comeback“-Plans bilden auch Elemente des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans ab und adressieren folgende Bereiche:

- **„Grüne Transformation“:** Die Coronakrise hat zu einem kurzfristigen Rückgang der Treibhausgasemissionen geführt. Um eine nachhaltige Reduktion zu erzielen, braucht es jedoch strukturelle Veränderungen. „Grüne“ Investitionen leisten einen Beitrag dazu und haben gleichzeitig positive Effekte auf die wirtschaftliche Erholung durch eine Erhöhung des Wachstums und mehr Beschäftigung. Mit der Sanierungsoffensive, Maßnahmen gegen Energiearmut und für klimafitte Ortskerne wird ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Investitionen und Reformen zur schrittweisen Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs sowie zur Dekarbonisierung der Industrie sind ein Herzstück auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040. Schließlich werden gesetzliche Maßnahmen und Investitionen dazu beitragen, die Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen, Abfälle zu vermeiden und die Biodiversität zu bewahren. Mit der ökosozialen Steuerreform, die im ersten Quartal 2022 in Kraft treten wird, wird eine CO₂-Bepreisung in Österreich eingeführt, um die Erreichung der Klima- und Energieziele sicherzustellen. Grundlage der Maßnahme ist die budgetäre Aufkommensneutralität, d.h. im Gegenzug zur CO₂-Bepreisung werden aliquot Entlastungsmaßnahmen gesetzt.
- **„Stärkung des Standorts“:** Mit der **Erhöhung der Budgetmittel für die Investitionsprämie** auf 5 Mrd. EUR wird ein wesentlicher Schritt gesetzt, um die wirtschaftliche Erholung voranzubringen, die österreichischen Unternehmen zu stärken und den Standort zu attraktivieren. Bereits mit dem Konjunkturstärkungspaket im Sommer 2020 wurde eine **Steuersenkung**, insbesondere von kleineren und mittleren Einkommen, durch Senkung der untersten Steuertarifstufe und Erhöhung der Negativsteuer umgesetzt. Durch die Senkung steigt der private Konsum und neue Arbeitsplätze werden geschaffen, was insbesondere für die in der Krise besonders schwer betroffenen Betrieben von Bedeutung ist und den Arbeitnehmern zugutekommt. Außerdem werden Maßnahmen zur **Stärkung von Eigenkapital** ergriffen, welche die Eigenkapitalbasis der österreichischen Unternehmen insbesondere für KMU stärken und damit die Resilienz erhöhen. Durch ein **Gründerpaket**, welches die Einführung einer neuen Rechtsform vorsieht, soll Unternehmertum in Österreich attraktiver werden und die Dynamik der Volkswirtschaft erhöht werden. Außerdem wird die Bundesregierung unterschiedliche Maßnahmen umsetzen, um den Forschungsstandort Österreich ins internationale Spitzenfeld zu bringen und Synergien zwischen Forschung und Wirtschaft zu nutzen. Durch Investitionen in Zukunftsfelder wie Quantenforschung oder Wasserstoff und Mikroelektronik werden Mittel zur Verfügung gestellt, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in diesen international bedeutenden Bereichen zu stärken.

- **„Gerechte Transformation“**: Die aktuelle Krise hat dazu geführt, dass viele Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben oder Kinder und Jugendliche mit großen Herausforderungen im Unterricht konfrontiert waren. Daher werden Anreize zur **umfassenden Umschulung und Fortbildung** gesetzt und die Elementarpädagogik gestärkt, damit von der Krise betroffene Erwachsene und Jugendliche bessere Möglichkeiten für die Zukunft haben. Eine nationale Finanzbildungsstrategie soll in diesem Zusammenhang einen wertvollen Beitrag für mehr Bewusstsein für Fragen im Zusammenhang mit Zukunfts- und Altersvorsorge leisten sowie Wissen in Kapitalmarktfragen fördern. Im Bereich der Gesundheit soll die Resilienz des österreichischen Systems durch den Ausbau der Primärversorgung, den Ausbau des „Community Nursing“ sowie eine Weiterentwicklung der Pflegevorsorge gesteigert werden. Die Bundesregierung schnürt ein Maßnahmenbündel gegen Altersarmut von Frauen wie beispielsweise Verbesserungen beim Pensionssplitting, bei der Einkommenstransparenz oder bei der Förderung partnerschaftlicher Elternteilzeit.
- **„Digitale Transformation“**: Die Coronakrise hat gezeigt, dass eine effektive digitale Anbindung ein Schlüsselement für eine dynamische und flexible Wirtschaft ist, sowie eine gesamthafte Teilhabe auf gesellschaftlicher Ebene ermöglicht. Um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft zu steigern und eine inklusivere Gesellschaft zu ermöglichen und die Chancengleichheit zwischen den Regionen zu erhöhen, sollen insgesamt 1,4 Mrd. Euro in den **Breitbandausbau** investiert werden. Dadurch soll eine flächendeckende Versorgung mit schneller Internetanbindung bis 2030 sichergestellt sein. Um den Ausbau der entsprechenden Internetinfrastruktur effizienter zu gestalten, wird eine Plattform zur Koordinierung aller Stakeholder errichtet. Das novellierte Telekommunikationsgesetz wird bis zur Jahreshälfte dem Parlament zugeleitet und bildet den rechtlichen Rahmen für die rasche, flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit hohen Bandbreiten. Darüber hinaus wird die Digitalisierung im Bildungsbereich durch die Bereitstellung von digitalen Endgeräten gestärkt, da das vergangene Jahr gezeigt hat, dass eine digitale Ausstattung die Basis für einen fairen und gleichen Zugang zur Bildung darstellt. In der öffentlichen Verwaltung soll durch digitale Investitionen und Reformen wie die Umsetzung des „once only“-Prinzips eine moderne, bürgernahe und effiziente Verwaltung sichergestellt werden. Dafür hat die Bundesregierung bereits einen mit 160 Millionen Euro dotierten Digitalisierungsfonds auf den Weg gebracht.

Um die besten Ausgangsvoraussetzungen für den ökonomischen Wiederaufschwung zu schaffen, wird es in den kommenden Monaten noch punktuelle Hilfsangebote ebenso brauchen, wie eine angemessene Balance zwischen Abgabendisziplin auf der einen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten bei den Unternehmen auf der anderen Seite.

Im Zuge des Comeback-Plans wird die Bundesregierung in den nächsten Monaten umfassende Maßnahmen zur Standortstärkung auf den Weg bringen, um die Corona-bedingte Wirtschaftskrise möglichst rasch und nachhaltig zu überwinden, und den zu erwartenden Wirtschaftsaufschwung bestmöglich zu unterstützen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

20. April 2021

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

ANNEX:

Beabsichtigte Aufteilung der beantragten Mittel

Die beantragten Mittel sollen wie folgt auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt werden.

Aufbau- und Resilienzfähigkeit

In Mio. €, Stand 21.04.2021	Gesamt
UG 20 Arbeit	277,0
Umschulen und Weiterbilden	277,0
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	54,2
Community Nursing	54,2
UG 24 Gesundheit	125,0
Elektronischer Mutter-Kind-Pass	10,0
Frühe Hilfen	15,0
Primärversorgung	100,0
UG 30 Bildung	301,0
Digitalisierung der Schulen	171,7
Elementarpädagogik	28,4
Förderstundenpaket	101,0
UG 31 Wissenschaft und Forschung	212,0

(Digitale) Forschungsinfrastrukturen	30,0
Austrian Institute of Molecular Medicine	75,0
Quantum Austria	107,0
UG 32 Kunst und Kultur	66,5
Digitalisierungsoffensive Kulturerbe	16,5
Investitionsfonds "Klimafitte Kulturbetriebe"	15,0
Sanierung des Volkskundemuseums Wien und der Prater Ateliers	35,0
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	125,0
IPCEI Mikroelektronik	62,5
IPCEI Wasserstoff	62,5
UG 34 Innovation und Technologie	125,0
IPCEI Mikroelektronik	62,5
IPCEI Wasserstoff	62,5
UG 40 Wirtschaft	765,0
Digitalisierungsfonds öffentliche Verwaltung	160,0
Investitionsprämie RRF	573,0
Digitalisierung der KMUs	32,0
UG 41 Mobilität	848,6

Emissionsfreie Busse	256,0
Emissionsfreie Nutzfahrzeuge	50,0
Neuer Bahnstrecken und Elektrifizierung von Regionalbahnen	542,6
UG 42 Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	891,3
<hr/>	
Breitband	891,3
UG 43 Klima	708,9
<hr/>	
Biodiversitätsfonds	50,0
Dekarbonisierung Industrie	100,0
Bekämpfung von Energiearmut	50,0
Klimafitte Ortskerne	50,0
Kreislaufwirtschaftspaket	300,0
Austausch von Öl- und Gasheizungen	158,9
<hr/>	
Gesamte beantragte Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität	4.499,4
<hr/>	